Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 851**

18. Wahlperiode Eingang: 5.11.2026

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Bastian Schneider, Peter Hauk, Dr. Albrecht Schütte, Christiane Staab und Andreas Sturm CDU

Zukunft der Finanzämter im Großraum Rhein-Neckar-Odenwald

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie sieht die Landesregierung die Zukunft der Finanzämter Heidelberg, Mannheim-Neckarstadt, Mannheim-Stadt, Mosbach, Schwetzingen, Sinsheim und Weinheim vor dem Hintergrund der aktuellen Planungen zur Zusammenlegung von Finanzämtern?

2. Wo stehen die genannten Finanzämter im Hinblick auf die dort jeweils erzielte durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Steuerfall im Verhältnis zu den anderen Finanzämtern im Land?

3. Welchen Stellenwert hat für die Landesregierung der Erhalt staatlicher Behörden auch außerhalb der Großstädte und Oberzentren, insbesondere vor dem Hintergrund der Personalgewinnung, der Strukturförderung und der Sichtbarkeit des Staates?

4. Ist mit der Zusammenlegung von Finanzämtern nur eine organisatorische Zusammenlegung geplant oder auch eine Aufgabe von Standorten?

5. Wie möchte die Landesregierung sicherstellen, dass auch Bürger, die ihre Steuererklärung nicht auf elektronischem Weg abgeben können oder möchten, wie es beispielsweise bei vielen älteren Bürgern der Fall ist, weiterhin wohnortnahen Zugang zu den Finanzbehörden haben?

6. Welche konkreten Kosteneinsparungen, Effizienzgewinne und Vorteile für die Bürger und Unternehmen verspricht sich die Landesregierung von der geplanten Zusammenlegung von Finanzämtern?

4.11.2026

Dr. Bastian Schneider, Hauk, Dr. Schütte, Staab, Sturm CDU

B e g r ü n d u n g

Der Herr Landesfinanzminister hat Ende Oktober öffentlich erklärt, den Aufbau der Finanzverwaltung reformieren und dabei die Zahl der Finanzämter reduzieren zu wollen. Es ist von öffentlichem Interesse, welche Folgen dies für den Großraum Rhein-Neckar-Odenwald, die Bürger sowie die Beschäftigten der hiesigen Finanzämter haben wird.